Morgen-Ausgabe Nr. 336 Mittwoch, 20. Juli 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgeb. bei tägl. zweimal. Zustellung frei Haus monatl. RM. 2.00; Postbezug RM. 2.00 einschl. 48,84 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei wöchentl. Erscheinen. Einzelnr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachsens m. Abendausg. 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Filialgeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das sudetendeutsche Memorandum veröffentlicht

Indiskretion einer französischen Nachrichtenagentur

Prag, 19. Juli.

Die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins veröffentlicht soeben den vollen Wortlaut des Memorandums, das sie der Prager Regierung am 7. Juni übergeben hatte, und das von dieser als Verhandlungsgrundlage angenommen worden war. Auf den ausdrücklichen Wunsch der tschechischen Regierung war der Inhalt dieses Memorandums bisher geheim gehalten worden. Nachdem sich nun aber eine französische Nachrichtenagentur auf bisher ungeklärte Weise in den Besitz dieses Dokumentes gesetzt und einzelne seiner Punkte, aus dem Zusammenhang herausgerissen, veröffentlicht hat, sieht sich die Sudetendeutsche Partei veranlaßt, den vollständigen Inhalt des Memorandums bekanntzugeben.

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei veröffentlicht zu diesen aufsehenerregenden Vorgängen folgende Erklärung:

„Die Sudetendeutsche Partei hat seit Beginn der Vorbesprechungen über den künftigen nationalitätenrechtlichen Ausbau der Tschecho-Slowakei dem Wunsche der Regierung Rechnung getragen, um die Besprechungen mit ihr absolut vertraulich zu behandeln. Wenn das von der Sudetendeutschen Partei der Regierung am 7. Juni überreichte Memorandum, das eine Konkretisierung der acht Karlsbader Forderungen Henleins enthält, nunmehr durch die Indiskretion einer französischen Presse-Agentur der Oeffentlichkeit in seinen wesentlichsten Zügen bekanntgegeben worden ist und von inländischen Zeitungen ohne Einschreiten der Zensur veröffentlicht werden konnte, so stellt die Sudetendeutsche Partei demgegenüber fest, daß sie mit dieser Veröffentlichung weder direkt noch indirekt etwas zu tun hat. Es ist überdies bekannt, daß vor mehr als zwei Wochen die französische Zeitung „L'Oeuvre" in der Lage war, Angaben über den Inhalt des Memorandums der Sudetendeutschen Partei zu veröffentlichen. Die Sudetendeutsche Partei lehnt daher jede Verantwortung für diese Indiskretion und ihre etwaigen Folgen ab.

Wie erinnerlich, hat die Regierung das Memorandum der SdP als Verhandlungsgrundlage angenommen. Daraus geht hervor, daß keine der dort aufgestellten Forderungen der Regierung von vornherein unannehmbar erschien. Trotzdem durfte die tschechische Presse die öffentliche Meinung erzeugen, daß die in Karlsbad aufgestellten Forderungen — die Grundlagen des Memorandums — für die tschechische Seite unannehmbar seien. Die Annahme des Memorandums durch die Regierung als Verhandlungsgrundlage einerseits und seine Ablehnung durch die tschechische Presse andererseits mußten einen Widerspruch erzeugen, wodurch im In- und Auslande einander widersprechende Auffassungen über die Aussichten einer innerstaatlichen Neuordnung entstanden sind. Die Sudetendeutsche Partei muß diesen gegebenen Tatsachen Rechnung tragen und übergibt den vollständigen Wortlaut des der Regierung am 7. Juni überreichten Memorandums der Oeffentlichkeit. Sie faßt sich hierzu um so mehr verpflichtet, als die unvollständige Wiedergabe ihrer Vorschläge durch die französische und englische Presse Anlaß zu Fehldeutungen geben kann.

Durch die Veröffentlichung soll die Oeffentlichkeit in die Lage versetzt werden, sich darüber ein Urteil zu bilden, ob die Vorschläge der Sudetendeutschen Partei geeignet sind, die auch im Auslande als unhaltbar erkannten nationalpolitischen Verhältnisse im Interesse der Ordnung und des Friedens zu regeln."

In der Erklärung der Sudetendeutschen Partei folgt nun die Bekanntgabe des Inhalts des Memorandums, dessen wichtigste Punkte wir auf Seite 3 wiedergeben.

Festlicher Einzug des englischen Königspaars in Paris

„Britannia"-Denkmal in Boulogne enthüllt – Gala-Essen bei Staatspräsident Lebrun

Paris, 19. Juli.

Die königliche Jacht „Enchantress" traf um 12,30 Uhr auf der Reede von Boulogne ein. In diesem Augenblick wurde das Denkmal „Britannia", das an die erste englische Truppenlandung im Jahre 1914 erinnert, enthüllt. Fünf Minuten später legte die Jacht am Kai an. Eine Ehrenkompanie präsentierte. Wenige Minuten später stieg der französische Außenminister Bonnet, der nach Boulogne gefahren war, um im Namen der französischen Regierung das englische Königspaar zu begrüßen, an Bord der Jacht. Dann verließen König Georg VI. und Königin Elisabeth mit Gefolge das Schiff und begaben sich nach Abschreiten der Ehrenkompanie zu dem bereitstehenden Sonderzug, der gegen 1 Uhr unter den Klängen der Marseillaise und der englischen Nationalhymne abfuhr.

Der Sonderzug mit dem britischen Königspaar und dem Gefolge traf kurz vor 17 Uhr im Bahnhof am Bois de Boulogne in Paris ein. Von Militärkapellen gespielt, erklangen die englische Nationalhymne und die Marseillaise. Der Präsident der französischen Republik und Frau Lebrun sowie Ministerpräsident Daladier, Außenminister Bonnet und die übrigen Mitglieder der Regierung begrüßten das Königspaar auf dem Bahnsteig.

Im Augenblick der Ankunft des Sonderzuges wurden 18 000 Brieftauben aufgelassen. Unter dem Jubel der Menschenmassen bestiegen König Georg VI. und Staatspräsident Lebrun den ersten Wagen der langen Autokolonne. Im zweiten Wagen nahmen Königin Elisabeth und Madame Lebrun Platz. Im dritten Wagen befanden sich Daladier und Bonnet mit Außenminister Lord Halifax. In den nächsten Wagen hatten die Mitglieder des Gefolges und die französische Abordnung, die dem Königspaar beigeordnet ist, Platz genommen. **Begleitet von Eskadronen berittener Spahis und berittener Republikgarde sowie von motorisierten Polizeikräften, setzte sich die Wagenkolonne in Bewegung. Die Volksmenge schwenkte Hüte und Fähnchen in den blauweißroten Farben der Trikolore und den Union Jack. Unter unbeschreiblichem Jubel der Bevölkerung und unter dem Donnern von 101 Kanonenschüssen, die von der Festung des Mont Valérien abgegeben wurden, begab sich das englische Königspaar durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt zum Außenministerium, wo es während seines Aufenthaltes Wohnung nehmen wird.**

Nach dem offiziellen Besuch, den das englische Königspaar nach seinem Eintreffen in Paris dem Staatspräsidenten abstattete, kehrten die englischen Gäste in den Quai d'Orsay zurück, wo König Georg die Mitglieder des in Paris akkreditierten Diplomatischen Korps empfing. Um 20 Uhr begaben sich die englischen Gäste erneut ins Elysee, wo der Staatspräsident ihnen zu Ehren ein Galaessen gab, umrahmt von künstlerischen Darbietungen. Bei diesem Essen wurden Trinksprüche ausgetauscht, die wir auf Seite 2 veröffentlichen.

Helsinki übernimmt die Olympischen Spiele

Helsinki, 19. Juli.

Der Stadtrat von Helsinki hat in einer Sondersitzung beschlossen, den Auftrag des Internationalen Olympischen Komitees, die Olympischen Spiele 1940 in Helsinki durchzuführen, mit Dank angenommen. Dem IOK wird von diesem Beschluß sofort Mitteilung gemacht werden. Im Anschluß an die Sitzung traten sofort zwei Komitees in Tätigkeit, die sich mit dem Bau des Olympiastadions bzw. des Olympischen Dorfes sowie mit der Finanzierung der Spiele zu befassen haben.

Tokio hofft auf 1944

Tokio, 19. Juli.

Mit einem Schreiben hat der japanische Botschafter in Brüssel dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, Graf Baillet-Latour, offiziell von dem Entschluß seiner Regierung Kenntnis gegeben, von der Organisation der Olympischen Spiele 1940 in Tokio zurückzutreten. Die Stadt Tokio hoffe aber, die 18. Olympischen Spiele 1944 organisieren zu können und wäre dem Präsidenten des IOK dankbar, wenn er in dieser Hinsicht die erforderlichen Schritte unternehmen würde.

•

Der japanische Ausschuß für den Vierten Weltkongreß „Freude und Arbeit" beschloß, den für 1940 in Osaka geplanten Kongreß abzusagen.

(Siehe auch den Artikel im Sportteil des Blattes.)

Dr. Goebbels in Salzburg. Am Dienstagnachmittag traf der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, in Salzburg ein. Der Minister fuhr nach Bad Gastein weiter.

Die Konferenz im Norden

Abseits der großen Schnittflächen europäischer Politik umgürtet den Norden unseres Erdteils der Kranz der skandinavischen Staaten. Die Außenminister dieser Länder pflegen in gewissen Zeitabständen — vierteljährlich oder halbjährlich — zusammenzukommen, um sich zu beraten und, soweit möglich, gemeinsame Linien auszuarbeiten. Unter dem Namen „Oslo-Politik" sind diese Konferenzen bekannt geworden. Ueberraschungen gingen von ihnen nicht aus. Sie haben sich bisher in der Hauptsache wirtschaftlicher Fragen angenommen. Man förderte so etwas wie eine gemeinsame handelspolitische Ideenbildung und bemühte sich in mühsamer Pionierarbeit, auch für die Praxis des internationalen Güteraustausches dabei einiges herauszuschlagen. Man setzte sich ein für den Abbau der Handelshemmnisse und Handelsschranken, wobei sich allerdings immer herausstellte, daß die Belange der einzelnen Länder doch nicht so sehr parallel liefen, daß eine größere Gemeinschaftsarbeit hätte zum Leben erweckt werden können. Etwas Neues nun bringen die vor uns liegenden Tage. Am 22. Juli setzen sich in Kopenhagen die Außenminister Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands an die Beratungstafel, und am Tage darauf stoßen zu ihnen auch die Außenminister Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs. Es ist das erste Mal, daß eine „Oslo-Konferenz" in diesem erweiterten Rahmen stattfindet. Weiter ist es ein Novum, daß nicht der Warenverkehr im Vordergrunde steht, sondern daß ein politisches Thema aufgerollt wird, eines, das seit geraumer Weile die Gemüter beschäftigt, und zwar nicht nur in den unmittelbar beteiligten Ländern, sondern allgemein und als ein wesentliches Problem der gesamteuropäischen Politik. Der Schlüssel liegt bei dem Worte Neutralität. Im Weltkriege hielten sich Schweden, Norwegen und Dänemark aus dem blutigen Völkerringen heraus. Man kann sich diese Länder auch in Gedanken schwer anders vorstellen denn als Burgen des Friedens; denn die Auseinandersetzungen der Großmächte sind nicht die ihren. Neutralität ist die diesen Staaten von der Natur zugewiesene Haltung und Aufgabe. Aber sie ist doch in Zweifel gezogen worden, und zwar gegen den Willen der Nationen der skandinavischen Halbinsel. Als in Genf das Institut gegründet wurde, das sich „Völkerbund" nannte, glaubten die nördlichen Länder die Pflege ihres Wunsches nach ruhiger, ungestörter Entwicklung hier in den besten Händen. Schützer der kleinen Staaten zu sein, war ja einer der ideellen Gesichtspunkte mit, der in Genf auf den Schild erhoben wurde und durch die Phraseologie der Satzungen eine Verklärung erfuhr. Die skandinavischen Länder betrachteten es als die ihnen zugewiesene Rolle im Konzert der Völker, dem Gedanken des Friedens zu dienen. Der sogenannte Völkerbund gab vor, ihnen diese Aufgabe abzunehmen. Aber je länger, desto stärker enthüllte sich, daß dessen angebliches Wollen und tatsächliches Wirken nicht in Einklang standen. Abessinien und der Sanktionsmechanismus erwiesen das mit zwingender Deutlichkeit. Nicht als Stütze der Schwachen bewährte sich die Genfer Institution, sondern sie wurde geradezu eine Gefahr. Gegen ihren Willen zwang sie die abseits liegenden Länder in die Gegensätze der Großmächte hinein und erwartete von ihnen, sich zu Dienern einseitiger Interessen herzugeben. In Oslo, Kopenhagen, Stockholm, wie Helsinki sah man sich belehrt, daß im Schlepptau des „Völkerbundes" die Neutralität nur eine halbe, eine zweifelhafte war. Darüber hinaus aber erkannte man, daß auch für die Zukunft der eigene Friedenswunsch am Genfer See schlecht verwaltet werden würde. Denn die berüchtigten Sanktionsbestimmungen des Paktes sind nach wie vor in Kraft. Ihren eigenen Belangen wollen aber die nördlichen Länder dienen. Insbesondere sehen sie keinen Anlaß, weshalb sie in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, wenn sich etwa aus der Paktomanie Frankreichs, aus den Fäden, die von Paris nach Moskau laufen, ernste Verwicklungen in Europa ergeben.

Nicht nur die genannten Nationen des Ostseeraumes betrachteten die Abessinien-Erfahrungen als Warnungszeichen. Ganz allgemein führte der Sanktionsfeldzug gegen Italien sogar über die Grenzen Europas hinaus ein Erwachen aus den Völkerbundsträumen herbei. Die verschiedenen Regierungen jedoch ließen es nicht dabei bewenden, Erfahrungen gemacht zu haben, sondern sie zogen ihre Folgerungen, um sich vor Wiederholungen zu bewahren. Einige kündigten ihre Mitgliedschaft. Andere wählten den Standpunkt der kühlen Reserve. Genf wurde ein Verein, dem man zwar noch angehörte, ohne aber für ihn noch Interesse zu haben. Um so mehr, als sich gezeigt hatte, daß alle Fortschritte, die im Laufe der Jahre in den Beziehungen zwischen benachbarten Völkern erzielt wurden, außerhalb und gegen Genf zustande gekommen waren. Auch in den nördlichen Ländern fordern insbesondere die Wirtschaftskreise den Austritt aus einer Einrichtung, die sich zweifellos überlebt hat. So weit wollen jedoch die nördlichen Länder nicht gehen. Die Außenminister sind infolge ihrer starken Linksmehrheiten gezwungen, auf die Gewerkschaften und die Gedankenwelt ihrer Sozialdemokraten Rücksicht zu nehmen. Aber zwei Beispiele haben in ganz Skandinavien einen tiefen Eindruck